

└ Fürsorge-Fehlanzeige

Dass bei Personalratswahlen unter die Gürtellinie geschlagen wird, sind die Unabhängigen leidlich gewohnt. Was sich jedoch bei der Wahl zur Gesamtfrauenvertretung ereignete, sprengte jede Dimension. Eine Kollegin mutierte zur Transperson, die mit einer Penispumpe zwei Kollegen der Bundespolizei vergewaltigt haben soll.

Inhalt

- Fürsorge- Fehlanzeige
- Beurteilungen für Tarif
- Besoldung - Vor die Lage kommen!
- Mitgliedwerbung

Der Vorgang beschäftigte wochenlang die Boulevardzeitungen. Das auf jeder Dienststelle aushängende Foto der Mitarbeiterin wurde leicht verpixelt zum Gegenstand der Berichterstattung und sozialer Netzwerke. Mittlerweile steht unumstößlich fest - nichts davon entsprach auch nur ansatzweise der Wahrheit, der Schaden für die Kollegin bleibt irreversibel. Dass jemand für seine Bereitschaft, ein ehrenamtliches Amt in einer Personalvertretung anzunehmen, derart massiv angegriffen wird, ist nicht hinnehmbar.

Nach Recherchen des Tagesspiegels war die Behörde frühzeitig darüber informiert, dass die Darstellung grundlegend falsch war. Eine Richtigstellung hätte aus Fürsorgegründen unverzüglich erfolgen müssen, blieb allerdings aus.

Die Unabhängigen fordern von der Behördenleiterin, dass die Vorgänge lückenlos aufgeklärt und die Reputation der Kollegin wiederhergestellt wird. Es stehen Vorwürfe im Raum, dass auch hier Interna durch Mitarbeiter der Berliner Polizei in die Öffentlichkeit durchgestochen wurden.

Wir weisen auf das Urteil des Obergerichtes Berlin-Brandenburg vom 01.12.2021 Az. 12 B 23/20 hin, wonach Betroffene in solchen Fällen von



der Polizei Berlin die Herausgabe ihrer Poliks-Protokollbänder verlangen können.

└ Wann werden Tarif- und Polizeibeschäftigte endlich beurteilt?

Bereits im Juli 2018 wurde die Rahmendienstvereinbarung über das Personalmanagement in der Berliner Verwaltung ([RDV Personalmanagement](#)) zwischen der Senatsverwaltung für Finanzen und dem Hauptpersonalrat abgeschlossen. Ein Ergebnis dieser Dienstvereinbarung ist, dass es zukünftig für Tarifbeschäftigte in der Berliner Verwaltung eine dienstliche Beurteilung geben wird.

Die konkrete Ausgestaltung der dienstlichen Beurteilung für Tarifbeschäftigte soll in den Dienststellen vereinbart werden. Dabei können die jeweils für Beamtinnen und Beamte geltenden Beurteilungsregelungen in Bezug genommen werden. (Pkt. 7.2.5 Abs. 2 der RDV)

Dies ist in den Berliner Bezirksämtern bereits geübte Praxis, eine Umsetzung hat in der Polizei Berlin jedoch immer noch nicht stattgefunden. Über die Ursachen kann man nur spekulieren. So wären natürlich auch Anforderungsprofile zu erarbeiten, die die tatsächlichen Tätigkeiten der Tarifbeschäftigten berücksichtigen. Mithin ein Spielfeld für Gewerkschaften, da dann meist auch eine entsprechende Eingruppierung vorzunehmen ist. Bis jetzt ist von diesen aber nicht viel zu hören!

Wie haben die Bezirksämter das gemacht? Formal wurden die Beurteilungsregelungen der Beamten einfach auf den Tarifbereich adaptiert.



└ Besoldung - Vor die Lage kommen oder 15 Jahre warten?

Für Betroffene einer verfassungswidrigen Unteralimentation gilt das Prinzip der "zeitnahen Geltendmachung" ihrer Ansprüche. Nur so bleibt die Chance auf eine Nachzahlung gewahrt. Denn eine rückwirkende Heilung von Verfassungsverstößen bzw. die Nachzahlung von Besoldung ist auf diejenigen beschränkt, die ihren Anspruch bereits im laufenden Haushaltsjahr geltend gemacht haben und über deren Anspruch noch nicht abschließend entschieden wurde.¹

Die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesverwaltungsgerichts fordert jedoch auch vom Besoldungsgesetzgeber die Erfüllung von Prozeduralisierungspflichten, die zeitnah für das laufende Haushalts- und Kalenderjahr erfüllt werden müssen.

Mit einem [Musterschreiben](#) fordert das Aktionsbündnis [Berliner-Besoldung.de](#) von der Senatsverwaltung für Finanzen Informationen zur Erfüllung dieser Pflichten ein.

Sofern diese nicht erfüllt wurden bzw. werden, kann die Tatsache als solche einer gerichtlichen Prüfung unterzogen werden.

¹ Vgl. BVerfG, Beschluss vom 22. März 1990 - 2 BvL 1/86 - BVerfGE 81, 363 <385>.

UNABHÄNGIGE Informationen



02/2025

└ Eine Mitgliedschaft, die sich rechnet!

Unser Berufsverband konnte mittlerweile das Angebot um attraktive Versicherungen erweitern. Für die Diensthauptpflichtversicherung haben wir eine Gruppenversicherung abgeschlossen. Die Rechtsschutzversicherung bestehend aus Berufs-, Privat- und Verkehrsrechtsschutz, inklusive Spezialstrafrechtsschutz **gilt für die gesamte Familie!**

Partner ist ein externer Versicherer, der im Gegensatz zu anderen Berufsvertretungen Rechtsschutz - ohne Wenn und Aber - gewährleistet.

So können wir z.B. das Paket Diensthauptpflicht + Rechtsschutz/ Strafrechtsschutz zu einem Preis von 27,50 Euro² pro Monat anbieten.

Die Versicherungen werden optional zur [Mitgliedschaft](#) angeboten. Es lohnt sich, bereits bestehenden Versicherungen zu vergleichen.

² Werbeangebot gilt für das erste Jahr der Mitgliedschaft, die Folgebeiträge sind besoldungsgruppenabhängig

